

009. Sitzung des 5. Sächsischen Landtages, 10.03.2010

Rede von MdL Annekatri Klepsch zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD in Drs 5/1517 „Keine Haushaltskonsolidierung auf Kosten von Kindern und Jugendlichen oder in anderen sozialen Bereichen“

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe VertreterInnen der Jugendhilfe, der Sozialarbeit und der Wohlfahrtspflege,

zu Beginn meiner Rede möchte ich zunächst denjenigen danken, die täglich eine anspruchsvolle Arbeit leisten und die die heutige Protestaktion vor dem Landtag organisiert haben, um zu zeigen: „Jugend ist mehr wert“! Ich danke stellvertretend für alle Engagierten in der sächsischen Kinder- und Jugendhilfe folgenden Verbänden (so lang sie noch existieren!):

- der Landesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (LKJ) Sachsen e.V.
- dem Kinder- und Jugendring Sachsen (KJRS) e.V.
- dem Verein Pro Jugend e.V.
- der Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen e.V.
- der LAK Mobile Jugendarbeit Sachsen e.V.
- dem Landesverband Soziokultur Sachsen e.V.
- der Sächsischen Landjugend e.V.
- und der LIGA der freien Wohlfahrtsverbände in Sachsen

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete,

„Politik für Kinder und Jugendliche zu machen, ist eine vielseitige Aufgabe. Es geht neben frühkindlicher Betreuung und Erziehung um Schule, um Gewaltprävention und Jugendschutz sowie insbesondere um bildungspolitische und soziale Aspekte. (...) Die Gemeinschaft muss dort unterstützen, wo in Einzelfällen Mütter und Väter mit ihrer Lebenssituation überfordert sind. Hier besteht eine staatliche Fürsorgepflicht, präventiv und beratend tätig zu werden, (...)“

Der Freistaat fördert die Kinder- und Jugendarbeit mehr als andere Bundesländer. In Sachsen haben wir zum Teil sehr leistungsstarke Strukturen. Diese wollen wir festigen. Wir müssen von temporären Förderprogrammen Abstand nehmen. Für eine gute Arbeit braucht es Planungssicherheit durch eine stabile Finanzierung. Auch in der Zukunft sollen die Kommunen die Jugendpauschale bekommen, damit vor Ort Jugendclubs und Beratungsstellen betrieben werden können. Die landesweiten Träger der Jugendarbeit unterstützen wir weiterhin.“

(Quelle: „Vertrag für Sachsen. Wissen, wo's lang geht.“ Regierungsprogramm der CDU Sachsen 2009-2014)

Die Realität in Sachsen sieht auf Geheiß des Finanzministers nun so aus, dass die überörtlichen Jugendverbände Mitte Februar erfahren haben, dass für sie 600.000 Euro - im laufenden Haushaltsjahr und entgegen aller Planungen - weniger zur Verfügung stehen. Damit wird gezielt auf den Wegfall von Stellen hingearbeitet, beispielsweise

teilten sich bei der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchen und junge Frauen e.V. bereits bisher drei Mitarbeiterinnen die 1,8 Stellen.

Der Kommunale Sozialverband hat aus verwaltungstechnischer Sicht das Beste daraus gemacht, die Einsparungen ohne jegliche Fachberatung gleichmäßig verteilt und den Trägern einfach nur noch 80 Prozent Personalkosten sowie 17 Prozent Sachkostenmittel zugeteilt. Der Rest soll nun über Eigenmittel erwirtschaftet werden.

Sehr geehrter Ministerpräsident Tillich,

vielleicht ist Ihnen vor lauter Sponsoringanfragen seitens der sächsischen Wirtschaft entgangen, dass Kinder und Jugendliche in der Regel nicht über breite finanzielle Mittel verfügen, um den Kontakt mit dem Sozialpädagogen ihres Vertrauens oder der Jugendhaus-Mitarbeiterin vor Ort durch mitgebrachte Drittmittel gegenfinanzieren zu können! Bei einigen Trägern führt diese Politik direkt und mittelfristig in die Insolvenz, aber vielleicht ist das der innovative jugendpolitische Ansatz, gewachsene Projekte und Strukturen kaputt zu sparen, anstatt die beschlossene Jugendhilfeplanung für Sachsen umzusetzen?!

Die oben zitierte „Planungssicherheit durch eine stabile Finanzierung“ erleben wir gegenwärtig an der vor allem für die Kommunen und Landkreise überraschenden Kürzung der Jugendpauschale um 27 Prozent im laufenden Haushaltsjahr. Zum Vergleich: die mehr als 4 Millionen Euro, mit denen hier auf Kosten der nächsten Generation der Haushalt konsolidiert wird, entsprechen einem Prozent der zusätzlichen 400 Millionen Euro, die der Freistatt für die Fertigstellung des Leipziger City-Tunnels aufwenden muss.

Den Gebietskörperschaften fehlen je nach Größe zwischen 100.000 und 560.000 Euro im laufenden Haushalt. Und es ist ein Armutszeugnis für verfehlte Kommunalpolitik und den Versuch, den Landeshaushalt auf Kosten der Kommunen zu konsolidieren, wenn bis zum vergangenen Freitag bereits zehn von 13 Gebietskörperschaften in Sachsen Widerspruch gegen den Bescheid zur Kürzung der Jugendpauschale eingelegt haben! Die Kämmerer und die Jugendamtsleiter vor Ort haben nachgerechnet, wie sich die Kürzungen auf die Strukturen auswirken: in einem Landkreis ist von der Entlassung von 30 SozialpädagogInnen die Rede, im Landkreis Meißen werden ab Juli statt 35 nur noch 23 SozialpädagogInnen in der Jugendarbeit tätig sein, in Dresden stehen fünf Kinder- und Jugendhäuser auf der Abschlusliste.

Dass eine derart fiskalisch gesteuerte Bildungs- und Sozialpolitik á la Tillich und der Staatssekretärin Fischer unausgegoren und jenseits aller fachlichen Überlegungen ist, lässt sich inzwischen in der Zeitung nachlesen.

Herr Tillich, wenn Ihnen das Veto Ihres jugendpolitischen Sprechers Patrick Schreiber, die Kürzung der Jugendpauschale zu korrigieren, nach zweistündiger Fraktionsdebatte so egal ist, und wenn das Sparen um jeden Preis als einziger Orientierungsrahmen gilt, dann ist das ein Armutszeugnis für einen Ministerpräsidenten, dessen politischer Gestaltungswille sich in Varianten von Abbau ausdrückt, Abbau von Personal bei PädagogInnen und SozialarbeiterInnen, Abbau von Strukturen in der Jugend-, Sozial- und Gleichstellungsarbeit.

An dieser Stelle kann ich Ihrem Bildungspolitiker Thomas Colditz nur beipflichten: „Sparen allein ist doch keine Politik!“, dass sollten sich Ministerpräsident, Staatssekretärin und Finanzminister ins Stammbuch schreiben!

Eines ist festzustellen, trotz allen zivilen Ungehorsams in der CDU-Fraktion ist wenigstens die Sozialministerin auf Linie: Anstatt für ihr Ressort zu kämpfen und die Höhe der Einsparungen im Sozialministerium, dessen Ausgaben bekanntlich zu 90 Prozent Pflichtaufgaben sind, gegenüber dem Finanzminister infrage zu stellen, erklärt sie in der Sächsischen Zeitung: „Operationen tun immer weh“. Ergänzend ließ die Sozial-Staatssekretärin Andrea Fischer am Samstag verlauten: „Keine Häkelkurse für Mädchen im ländlichen Raum“ und „Man kann gewisse bildungsferne Schichten einfach nicht mehr erreichen.“ Bei derartigen Aussagen stellt sich die Frage nach der Qualifikation, konkret, ob Frau Fischer als Juristin für das Amt der Staatssekretärin für Soziales tatsächlich geeignet ist.

Vor eineinhalb Jahren klang die Staatsregierung zum Thema Kinder- und Jugendpolitik in ihrer Stellungnahme zum Bericht des Sozialministeriums nämlich noch ganz anders: „Die Staatsregierung teilt die Einschätzung, dass insbesondere die Jugendarbeit in ländlichen Regionen vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung wie auch nach der Verwaltungsreform vor besonderen Herausforderungen steht. Sie sieht die Notwendigkeit, die wechselseitige Bezugnahme von mit Kindern und Jugendlichen agierenden Institutionen zu stärken. Die Staatsregierung wird auch weiterhin die Förderung für die örtliche Ebene so gestalten, dass Planungssicherheit und ein geringer Verwaltungsaufwand beibehalten werden. Sie wird bei der Umsetzung der Förderstrategie das Augenmerk weiter auf die Entwicklung der Strukturqualität in der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit entsprechend der jugendhilfeplanerischen Bedarfslagen auf örtlicher Ebene legen.“

Die Einschätzung der Vertreterinnen und Vertreter des Sächsischen Städte- und Gemeindetages und des Landkreistages zu den Einsparungen im aktuellen Haushalt hörten sich in den Beratungen des Landesjugendhilfeausschusses jedoch deutlich kritisch gegenüber der Staatsregierung und dem Sozialministerium an.

Gestaltende Politik für Kinder und Jugendliche findet unter Ministerpräsident Tillich nur noch bei der Feuerwehr und im Sportverein statt. Den Rest erledigt der Finanzminister. Das mag für kleine Orte wie Panschwitz-Kuckau ausreichen, für Sachsen ist es ein sozial- und vor allem bildungspolitisches Armutszeugnis. Denn es ist allgemein bekannt, dass Bildung nur zu 25 Prozent in der Schule stattfindet und weitere Kompetenzen, Fähigkeiten und Fertigkeiten außerschulisch erworben werden, zum Beispiel im Kinder- und Jugendhaus am Nachmittag, auf Bildungsfahrten und Ferienfreizeiten und nicht zuletzt im Freiwilligen Sozialen Jahr in der Ökologie, im Kulturverein oder in der Sozialstation. Beispielsweise könnten von den 250.000 Euro, die das Finanzministerium für das Experten-Kolloquium Porzellanshloss auszugeben gedenkt, zusätzliche 138 Plätze im Freiwilligen Sozialen Jahr finanziert werden.

Die in den letzten Tagen oft verbreitete Behauptung, die Folgen der Finanzkrise seien die Ursachen für die notwendige Haushaltskonsolidierung, ist an den Haaren herbeigezogen. Denn das Loch in der sächsischen Staatskasse ist nicht zuletzt durch Mehrausgaben wie für den Leipziger City-Tunnel von fast 400 Mio Euro, für die Dresdner Waldschlösschenbrücke von 25 Mio Euro, durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Schwarz-Gelb bedingte Steuerausfälle von ca. 114 Mio Euro und vor allem die Rückstellungen für die Landesbankhaftung in Höhe von 830 Millionen Euro verursacht worden.

Ich komme zum Schluss: Herr Ministerpräsident, als vorbereitende Lektüre für die Verhandlungen zum nächsten Doppelhaushalt empfehle ich Ihnen nochmals den Sächsischen Kinder- und Jugendbericht, in dem die Staatsregierung, der Sie bekanntlich bereits in der letzten Legislatur vorstanden, ankündigt:

„Bei der Fortschreibung der Planung für die Jahre 2010 bis 2014 werden die Herausforderungen der demografischen Entwicklung sowie die Umsetzung der jugendpolitischen Handlungserfordernisse Schwerpunkt sein. Damit werden die Bildungsthematik insgesamt und die Stärkung außerschulischer Bildungsorte vorrangig berücksichtigt.“

Liebe KollegInnen der CDU- und FDP-Fraktion, mit unserem gemeinsamen Antrag von LINKER und SPD „Keine Haushaltskonsolidierung auf Kosten von Kindern und Jugendlichen oder in anderen sozialen Bereichen“ wollen wir Ihnen heute die Möglichkeit geben, den Kahlschlag im Sozialressort im laufenden Haushalt zu korrigieren und in Sachsens Zukunft zu investieren.

Da viele von Ihnen auch Entscheidungsträger vor Ort sind und sich für Ihren Wahlkreis verantwortlich fühlen, schlagen wir eine namentliche Abstimmung vor.